

# **DAS SCHWURGERICHT SOWIE DIE PARLAMENTSGERICHTSBARKEIT IN DEN DISKUSSIONEN ZUR VORBEREITUNG DER GESETZENT- WÜRFE ÜBER DAS STRAFVERFAHREN VOM JAHRE 1843 – 44**

Universitätsprofessor, DR. KÁLMÁN KOVÁCS, Budapest

## **I.**

1. In Ungarn stand die Kodifikation des materiellen und formellen Strafrechtes – wie bekannt – schon seit dem Reichstag vom Jahre 1790–91 auf der Tagesordnung und es entstanden diesbezüglich sogar zwei Gesetzentwürfe. Der erste Entwurf ist das Projekt von 1795<sup>1</sup>, „der erste ungarische Rechtsnormentwurf, der das ganze Gebiet des jus criminale umfasst“. Die Umstände des Zustandekommens, die Bedeutung, die Ergebnisse und die Mängel dieses Kodex werden vielseitig und gründlich in dem vor einigen Jahren erschienenen Werk von Lajos Hajdú analysiert.<sup>2</sup>

Über den zweiten Entwurf, den ein von Ges.-Art. 8: 1827 delegierter Ausschuss verfertigt hatte und einen Rückschritt im Vergleich zum früheren bedeutet, wurde noch keine ausführliche bewertende Arbeit publiziert.<sup>3</sup> Da aus keinem der erwähnten Arbeiten ein Gesetz wurde, musste der Kampf um die infolge der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung immer brennender werdende Kodifikation dieses Rechtsgebietes weitergeführt werden.

Die bedeutendste Station des langen Kampfes um das moderne strafrechtliche und innerhalb dessen um das Strafverfahrensgesetz bilden die in weiterem Sinn genommenen strafrechtlichen Gesetzentwürfe vom Jahre 1843–44, die das materielle Strafrecht, das Strafverfahren und das Gefängniswesen aufgrund von seinerzeit sehr fortschrittlichen Grundsätzen in Gesetzbücher fassten. Diese Arbeiten zählen wir zu den wertvollsten progressiven Rechtstraditionen.

Im Spiegel der Bestrebung des Zustandebringens der Gesetzbücher zeichnet sich scharf der innerhalb der sich auflösenden feudalen Gesellschaftsordnung immer stärker werdende Gärungsprozess, der sich natürlich auch auf das Recht erstreckte. Nicht nur auf dem Gebiet des öffentlichen und des Privatrechtes, sondern vielleicht in erster Reihe suchen die fortschrittlichen Kräfte in den verschiedenen Zweigen des Strafrechtes die Art und Weise und die Mittel der Verwirklichung der durch die Bedürfnisse der Gesellschaft hervorgebrachten neuen politischen Ansichten und Ideen. Die grosse Generation des Reformzeitalters, liberale Politiker

mit hervorragenden Fähigkeiten, die grösstenteils auch Juristen, und zwar gut gebildete, ausgezeichnete Juristen waren, erwiesen sich als geeignet, diese Grundsätze und Ideen in entsprechende rechtliche Form zu giessen.

Es ist offensichtlich, dass, wenn diese ausgezeichneten fachlich und politisch gleichfalls modernen Entwürfe hohen Niveaus zu einem Gesetz geworden wären, ihre Bedeutung für die Gesamtheit des damaligen ausserordentlich rückständigen, überlebten, nicht kodifizierten ungarischen Strafrechtes und der Strafgerichtsbarkeit epochemachend gewesen wäre und diese in die erste Linie der europäischen Entwicklung gehoben hätte. Dabei hätte sie auch den weiteren auch mit den Mitteln des Rechtes geführten Kampf um die ungarische bürgerliche Umwälzung gefördert, indem sie eine bedeutende Bresche in die schon zerfallenden aber noch stehenden Mauern des feudalen Rechtssystems geschlagen hätten.

Was das Verfahren selbst näher betrifft, war vor den fortschrittlichen Politikern und Juristen klar, dass nicht einzelne Elemente oder Teile des alten feudalen Verfahrens zu modifizieren sind, sondern das ganze Strafverfahren auf neue, zeitgemässe liberale bürgerliche Grundsätze aufgebaut werden muss.

Die Bestrebungen nach Schaffung eines neuen Strafverfahrens wären fachlich an sich schon dadurch begründet gewesen, dass in Ungarn das Verfahren nicht kodifiziert war, kein Gesetzbuch vorhanden war und so das Verfahren grösstenteils auf das sehr schwankende, partikulare, veraltete Gewohnheitsrecht aufgebaut war. Das brachte im Verfahren die volle Unsicherheit mit sich und liess der richterlichen Willkür einen weiten Raum.

Dazu kamen noch zwei entscheidende politische Motive. Das eine war der riesige Unterschied, der zwischen den mit Privilegien versorgten Adligen und den vollkommen schutzlos ausgelieferten Hörigen hinsichtlich des Verfahrens vorhanden war. Der Adlige konnte sich im allgemeinen auf freiem Fuss verteidigen, über die gerichtliche Verantwortlichmachung und Verurteilung entscheiden seine eigenen Adligen-Genossen (*congregatio generalis, sderia*). Dagegen wird gegen den Hörigen, der vor das Patrimonialgericht, bzw. vor das adlige Gericht des Komitats gehört, bei dem geringsten Verdacht das Verfahren eingeleitet, meistens wird er sofort verhaftet und wird in Eisen, unter unmenschlichen Umständen schon bis zur Verhandlung im Gefängnis gehalten. Diese Situation entspricht natürlich den fortschrittlichen Auffassungen und Zielsetzungen der Liberalen nicht, aber es steht auch in ihrem Interesse — neben den humanitären Gesichtspunkten —, dass die Hörigen gerade in ihnen ihre verständnisvolle Stütze sehen. Die progressiven Kräfte des Adels wollen erreichen, dass die in- und ausländische Reaktion die berechtigte Unzufriedenheit der Hörigen nicht zum Angriff auf die Bewegung von hinten benutzen kann, wie diesbezüglich in Ungarn, ebenso wie z.B. in Polen mehrere Versuche erfolgt sind.

Die zweite, vielleicht noch bedeutendere Ursache war, dass die Regierung zur Zeit des Reichstags von 1832 und nachher gesetzwidrig politische Strafprozesse eingeleitet und durchgeführt hatte<sup>4</sup> (Prozesse gegen



Wesselényi, Kossuth und von der Jugend im Reichstag gegen László Lovassy und drei Genossen, usw.), zwecks Einschüchterung der Anhänger der bürgerlichen Umwälzung.

Die liberale Opposition der Regierung hatte also guten Grund während der Kodifikation auch in ihrem eigenen persönlichen Interesse die meistmöglichen Garantien sowohl hinsichtlich der Richterforen, wie auch des Verfahrens zu erkämpfen.

Im Interesse der rechtlichen Konzeption und Regelung der aus den ungarischen Verhältnissen entspringenden gesellschaftlich-politischen Bedürfnisse schöpfen die Kodifikatoren aus der Gesetzgebung der grossen französischen Revolution und aus dem Code d'instruction criminelle des Jahres 1808, aber sie nehmen auch das englische Verfahren in Betracht und kennen auch die deutschen Gesetzentwürfe vom Anfang des vergangenen Jahrhunderts.

2. Es ist eine grosse ungetilgte Schuld unserer Rechtsgeschichtsschreibung, dass das mehrere tausend Seiten ausmachende Material der Vorbereitung und Verhandlung der sich auf verschiedene Zweige des Strafrechts erstreckenden Entwürfe des Jahres 1843–44 sowie der damit zusammenhängenden in- und ausländischen Literatur noch immer nicht entsprechend bearbeitet ist, ihre ausführliche und umfassende marxistische Bewertung noch immer auf sich warten lässt. Zweifellos würde diese Aufgabe eine sehr ernste wissenschaftliche Bearbeitung und auch weitere Forschungen erfordern, obwohl ein Grossteil der diesbezüglichen Dokumente noch im vergangenen Jahrhundert in Druck erschienen ist, daher leicht zugänglich wäre.<sup>5</sup>

Ohne über die Entwürfe bezüglich des Strafgesetzbuchs und des Gefängniswesens zu sprechen, würde unserer Meinung nach allein die Geschichte der Entstehung der beiden verfahrensrechtlichen Entwürfe (der Entwurf vom Jahre 1843, der auf dem System der ständigen Gerichte beruht, bzw. der Entwurf vom Jahre 1844 über die Schwurgerichte) sowie die Gestaltung dieser Entwürfe während scharfer Konfrontationen und die vergleichende Bewertung dieser Arbeiten einen besonderen Band verdienen. Aber selbst die ausführliche Analyse der sich bezüglich des Schwurgerichts auf verschiedenen Foren – bei den Komitaten, in den Ausschüssen und an den Sitzungen des Parlaments – abspielenden sehr interessanten, lehrreichen Diskussionen und ihres Widerhalls könnte das Thema eines umfangreichen Aufsatzes bilden. Zwar begegnen wir bezüglich der Pläne, der Ideen des Reformzeitalters im Zusammenhang mit den Schwurgerichten Teilübersichten aus der Feder marxistischer Rechtsgeschichtsschreiber und Verfahrensjuristen, oder richtigen Hinweisen, bedeutenden Bewertungen, die bei der Bearbeitung anderer, verwandter Themenkreise entstanden sind,<sup>6</sup> diese können aber trotz ihres hohen Wertes natürlich die zukünftige monographische Bearbeitung nicht ersetzen, nicht unnötig machen.

In unserer Abhandlung möchten wir von dem umfangreichen Material der Vorbereitung des Strafverfahrenskodexes zwei miteinander zusammenhängende Teilprobleme hervorheben: einerseits schildern und ana-

lysieren wir den Zusammenstoß der Anschauungen der gegenüberstehenden Fronten, der fortschrittlichen Liberalen und der konservativen Kräfte im Landesausschuss hauptsächlich in der *Frage des Schwurgerichtes* sowie die wichtigeren strafrechtlichen, öffentlich-rechtlichen und politischen Argumente, dann befassen wir uns etwas ausführlicher mit der beinahe schon ganz vergessenen Sondermeinung der Minderheit, die die *Gerichtbarkeit des Parlamentes* ins Leben rufen und regeln wollte, nachdem die Mehrheit des Landesausschusses die Institution des Schwurgerichtes verworfen hatte.

Wir müssen bei unseren Untersuchungen aus jener allgemein bekannten Tatsache ausgehen, dass Gesetzartikel V vom Jahre 1840 „Zur Ausarbeitung des Straf- und Korrektionssystems“ einen Landesausschuss unter dem Vorsitz des Landesrichters György Majláth delegierte und das Gesetz den Ausschuss verpflichtete, seine Arbeiten unbedingt an der nächsten Tagung des Parlamentes vorzulegen.

Der Ausschuss behandelte an 60 Sitzungen zwischen dem 1. Dezember 1841 und dem 19. März 1843 die Fragen und Entwürfe über das materielle Strafrecht und Strafverfahren, ferner das Gefängniswesen. Von den Sitzungen des Landesausschusses stehen uns zwei verschiedene Dokumente zur Verfügung. Das eine ist das offizielle Protokoll von den Verhandlungen,<sup>7</sup> das als Beilage der strafrechtlichen Gesetzentwürfe noch seinerzeit in Druck erschienen ist; es gibt aber die an den Diskussionen des Ausschusses vorgebrachten Argumente und Gegenargumente nur zusammenfassend wider, ohne die Namen der Redner zu erwähnen. Über die Arbeit des Ausschusses blieb aber auch ein anderes Protokoll im Landesarchiv auf uns,<sup>8</sup> dieses Material enthält einen weiten Auszug der Verhandlungen tagebuchartig, wobei der Name und die Meinung jedes Redners angegeben ist. Dieses Protokoll wurde gleichzeitig mit den Gesetzentwürfen nicht gedruckt, sondern im Archiv niedergelegt<sup>9</sup>, wahrscheinlich aus dem Grund, dass die retrograde Meinung der Mitglieder des Ausschusses nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Für die Konservativen wäre das politisch nicht erwünscht gewesen. (Der Ausschuss hielt seine Beratungen trotz des Wunsches von Deák in einer geschlossenen Sitzung, unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab.<sup>10</sup>

Nach Beginn seiner Arbeit delegierte der Landesausschuss einen Unterausschuss<sup>11</sup> zur Zusammenstellung jener grundsätzlichen Fragen, in denen der Landesausschuss Stellung nehmen muss. Seine Entscheidungen dienten als verbindliche Richtlinie für die Kodifikationsunterausschüsse, die mit der Vorbereitung der Gesetzentwürfe des materiellen Strafrechts, des Strafverfahrens, und des Gefängniswesens beauftragt wurden. Der „prinzipielle“ Unterausschuss, dessen Mitglied auch Ferenc Deák war, vollführte eine schnelle und gründliche Arbeit, legte seinen Bericht schon am 10. Dezember vor, und der Landesausschuss behandelte den Bericht in 12 Sitzungen.<sup>12</sup>

Der Ausschuss brachte seine Entscheidungen manchmal einstimmig, meistens aber nach eingehenden, oft scharfen Diskussionen mit Stimmenmehrheit in sehr wichtigen grundlegenden Fragen und gab überwiegend



progressive Richtlinien zur Arbeit der Kodifikationsunterausschüsse. Wir müssen von der Erörterung der Mehrzahl der Diskussionen der grundsätzlichen Fragen absehen, denn diese würden die Rahmen unseres Themas überschreiten. Um aber über den Charakter dieser Richtlinien eine gewisse Information zu geben, halten wir es für notwendig, die bedeutenderen Stellungnahmen kurz zu skizzieren, ohne auf die Probleme des Gefängniswesens einzugehen. In bezug auf das materielle Strafrecht ist die Todesstrafe sowie die körperliche Strafe (Prügelstrafe) abzuschaffen; im Strafgesetzbuch muss die untere Grenze für die Strafe der einzelnen Delikte nicht bestimmt werden, sondern es muss den Gerichten unbeschränkte Milderungsmöglichkeit gesichert werden; die Verjährung, die die Konservativen im Strafrecht nicht zulassen wollten, soll sowohl für die „Strafklage“, als auch für die Vollstreckung des Urteils stattfinden können, usw.; in bezug auf den Wirkungskreis und die Organisation der Strafgerichte, sowie auf das Strafverfahren, kommt nach Standpunkt des Ausschusses die Strafgewalt nur dem Staat zu; die Strafjurisdiktion (in erster Instanz) wird durch die Munizipien, Komitate, privilegierte Gebiete, freie königliche Städte — als organische „ergänzende“ Teile des Staates ausgeübt, die herrschaftlichen Gerichte, die Patrimonialgerichte, sowie die Strafgerichtsbarkeit der Prädialstühle der sog. kirchlichen Adligen muss abgeschafft werden; die Richter sollen gewählt werden. Der Landesausschuss nahm nach heftigen Diskussionen für den Grundsatz der Gleichheit vor dem Strafgesetz Stellung; die Angeklagten werden ohne Hinsicht auf den zivilen Stand — Adlige, städtische Bürger, Bauern, sogar Geistliche — durch dieselben Gerichte und mit demselben Verfahren zur Verantwortung gezogen. Das Strafverfahren sollte auf der Anklage beruhen (accusatorius) aufgrund der Mündlichkeit und der Öffentlichkeit; die Richter stimmen aber hinter geschlossenen Türen ab und fällen ihr Urteil; die Berufung und die Wiederaufnahme muss unter entsprechenden Regeln sowohl für den öffentlichen Ankläger, wie auch für den Angeklagten ermöglicht werden. In der Frage der Einleitung des Prozesses soll nicht jenes Gericht entscheiden, das „über das Meritum der Sache urteilt“. Über die Tatsachenfrage (über die Schuld) soll nicht ein Schwurgericht, sondern ein anders geartetes Gerichtsforum urteilen. Die Verhängung der Strafe soll durch dasselbe Gericht erfolgen, das in der Tatsachenfrage entscheidet.<sup>13</sup>

Hinsichtlich unseres Themas verdienen besonders die mit Stimmenmehrheit angenommenen beiden letzten Stellungnahmen eine besondere Aufmerksamkeit.

### III.

Von den oben erwähnten grundsätzlichen Problemen im Zusammenhang mit dem Strafverfahren beriet der Landesausschuss als ersten auf Antrag von Gábor Klauzál jenen Punkt (Punkt 19), der so lautet: „Wer soll über die Frage der Tatsache urteilen, ein Schwurgericht oder ein anderes Gericht?“<sup>14</sup>

Die Diskussion über die Institution des Schwurgerichtes entfaltete sich weit und breit im Landesausschuss, obwohl ohne Zweifel in einer bedeutend ruhigeren und objektiveren Atmosphäre als in den folgenden Foren, an den Bezirks-<sup>15</sup> und Landessitzung der Untertafel,<sup>16</sup> wo die entgegengesetzten – vor allem politischen – Meinungen oft sehr heftig zusammenstießen.

An den Beratungen des Landesausschusses traten die Anhänger des Schwurgerichtes mit – in gewissen Fällen heute schon als naiv erscheinenden, aber seinerzeit unbedingt progressiven – Argumenten für die Sache ein. Bei ihrer Argumentierung gingen sie davon aus, dass die grundlegende Bedingung der „günstigen Wirkung“ jeder Gerichtsgewalt das *öffentliche Vertrauen* ist. Es gibt kein einziges anderes Gerichtsforum – betonte Ferenc Deák, der erste Redner der Diskussion – auf das das Volk so weit vertrauen würde, wie das Schwurgericht, ob wir England, die Mutter dieser Institution, oder Frankreich oder die deutschen Rheinprovinzen betrachten. Wo das Schwurgericht einmal eingeführt wurde, dort will man nie mehr darauf verzichten. Die Bevölkerung sieht nämlich im Schwurgericht „das höchste Palladium der bürgerlichen Freiheit“<sup>17</sup>, und der einzelne Bürger fühlt sich in Sicherheit vor der Willkür der Exekutivgewalt.<sup>18</sup>

Dieses öffentliche Vertrauen folgt aus der Natur des Schwurgerichtes. Der Richter des Schwurgerichtes tritt nämlich gerade aus dem Volk heraus und wenn er als Richter fungiert hat, tritt er wieder in die Reihe des Volkes zurück. Das Schwurgericht vertritt das Leben, „da es aus Leuten aus dem Leben zusammengesetzt ist“.<sup>19</sup>

Er ist der Bestechung nicht ausgesetzt, weil der Angeklagte erst an der Verhandlung erfährt, wer über seine Schuld urteilt.<sup>20</sup>

Die Mitglieder des Schwurgerichtes sind sowohl von der Regierung, wie auch von den Wählern unabhängig, sie sind niemandem verbunden.<sup>21</sup> Zugleich erhöht das Vertrauen gegenüber der Regierung nichts stärker als die Einführung des Schwurgerichtes,<sup>22</sup> ein eventueller Fehler in der Rechtssprechung fällt niemals auf die Regierung zurück.

Die Konservativen bringen als ein wichtiges Argument gegen das Schwurgericht hervor, dass es eine neue, fremde *Institution* ist, deshalb ist es abzulehnen und statt dessen müssen wir unser Strafverfahren auf solchen Grundlagen aufbauen, die „durch Jahrhunderte altes Gewohnheitsrecht der Volkspersönlichkeit angepasst sind.“<sup>23</sup>

Zur Widerlegung der durch die reaktionären Kräfte gegen jede Neuerung noch Jahrzehnte später verlauteten Anklage<sup>24</sup> zeigt die liberale Position zahlreiche Beispiele auf. Pulszky argumentierte gegen den habsburgtreuen Landesrichter und den Personalis damit, dass die Vererbung des königlichen Throns ohne Wahl auch eine fremde Idee war.<sup>25</sup> Dénes Pázmány weist darauf hin, dass unser bisheriges Verfahren „von Karl aus Italien eingeführt wurde“, ebenso waren die Gesetze über den Wechsel und mehrere andere Rechtsinstitutionen seinerseits ebenfalls fremd, aber da sie sich als nützlich erwiesen, haben sie sich bei uns eingebürgert. Wir möchten auch eine Bank errichten, auch das ist keine „inländische



Idee“, trotzdem wäre es gut, wenn man sie verwirklichen könnte – sagt Pázmándy.<sup>26</sup> Es wird darauf hingewiesen, dass im Laufe der Reform der Gerichtsbarkeit der Landesausschuss selbst mehrere neue zeitgemässe Elemente einführen will, da er erkannt hat, dass jene notwendig sind. Auch das Schwurgericht kann leicht eingeführt werden und mit unseren anderen Institutionen „in Verwandtschaft gebracht werden“. <sup>27</sup>

Das andere als entscheidend betrachtete Gegenargument der konservativen Mitglieder des Ausschusses ist, dass *infolge des niedrigen Bildungsgrades des Volkes* bei uns das Schwurgericht nicht verwirklicht werden kann, da ja schon zur Entscheidung in der Tatsachenfrage eine gewisse Bildung und Gesetzkenntnis erforderlich ist.<sup>28</sup> Entweder müsste für jede Gesellschaftsklasse ein besonderes Schwurgericht geschaffen werden, oder eine gemischte Jury, wo die ungebildeten Leute mit den höher gebildeten „auf einer Bank sitzend“ urteilen würden.<sup>29</sup> Die Rhetorik, die Sprachkunst des Advokaten würde auf die weniger gebildeten mehr als notwendig einen Einfluss ausüben.<sup>30</sup>

Bei der Diskussion zeigte sich bald, dass hier im wesentlichen nicht die Bildung fehlte, sondern es sich um etwas ganz anderes handelte. Die grösste Angst der Konservativen war, dass die Fähigkeit des Geschworenen, „auf die Mitglieder solcher Klassen“ ausgedehnt werden musste, die bisher *keine politischen Rechte* besaßen, keinen Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten ausübten“. Es wäre eine kühne Probe „neue Rechte ... durch politisch ganz neue Leute“ ausüben zu lassen.<sup>31</sup> Andrassy möchte nicht einmal die Honoratioren „mit dem höchsten Recht“, mit dem Recht des Richters bekleiden.<sup>32</sup> Der Personalis sagt offen, dass die Goldene Bulle nicht für das Volk, sondern für den Adel bestimmt war und der Adel sie erworben hatte. Allerdings spricht man seit einigen Jahren davon, dass der Adel das Volk zu sich aufheben will, er aber betont die Vorsicht: in dieser Richtung „kann eine grosse Änderung gefährlich werden“, insbesondere in betreff des Strafsystems.<sup>33</sup>

Eduard Zsedényi, eine führende Persönlichkeit der Konservativen, stellt einen eigenartigen Antrag. Er schlägt vor, dass bei der Beamtenneuwahl in jedem Komitat 72 Mitglieder gewählt werden, unter denen seiner Meinung nach auch Honoratioren sein könnten. Sie sollten aber nicht Geschworene, sondern gewählte Strafrichter genannt werden. Zu jedem Gerichtstermin sollten 18 von ihnen erscheinen, von denen 9 zurückgewiesen werden könnten, die anderen 9 würden sich unter dem Vorsitz des zweiten Vizegespans versammeln und in der Schuldfrage entscheiden. Die Strafe würde durch die Sedria, durch den ordentlichen Gerichtshof des adeligen Komitats verhängt.<sup>34</sup>

Hermann Busan, Adegat von Kroatien weist sowohl das Schwurgericht, wie auch den von Zsedényi vorgeschlagenen Kompromiss zurück, er möchte nämlich die adelige Prärogative nicht abschaffen.<sup>35</sup> Später, an den Sitzungen der Untertafel, kamen die Adegaten zahlreicher Komitate mit dem Vorschlag, Schwurgerichte aber ausschliesslich aus Adeligen aufzustellen. In den Diskussionen des Landesausschusses wurde der Vorschlag in dieser Form nicht aufgeworfen.

Wir lassen das Skizzieren der weiteren – zwar nicht uninteressanten – politischen Diskussionen beiseite und möchten auch in die Bewertung der fachlichen Argumente und Gegenargumente nicht näher eingehen (gebundene oder freie Beweisführung; Tatsachenfrage-Rechtsfrage, Rechtsmittel, Unabsetzbarkeit der Richter, usw.), wir bemerken aber, dass es sich auch bei der scheinbar vollkommen fachlichen juristischen Argumentation zeigt, dass in Wirklichkeit hier ebenfalls die gegensätzlichen politischen Ansichten zusammenstossen, sich meistens die Konfrontation der Grundsätze und Ziele des Fortschritts und der Reaktion entfaltet.

Die Mehrheit des Landesausschusses nahm – wie wir schon darauf hingewiesen haben – schliesslich gegen die Institution des Schwurgerichtes Stellung. Im Namen der Minderheit erklärte Deák, dass sie eine *Sondermeinung* einreichen werden, aber erst dann, wenn die Mehrheit „über die einzuführenden Gerichte schon in den Einzelheiten einen Beschluss gefasst hat.“<sup>36</sup>

Vom 3. Januar 1842 ruhte 5 Monate hindurch die Arbeit des Landesausschusses. Am 2. Juni begann die Beratung der von den delegierten Unterausschüssen inzwischen vorbereiteten Kodifikationsarbeiten (Entwürfe des StGB, des Strafverfahrens und des Gefängniswesens) nach Paragraphen.

#### IV.

1. Für unser Thema hat die 35. Sitzung des Landesausschusses vom 17. Dezember 1842 ein besonderes Interesse. Zu dieser Zeit war bereits die Beratung des Entwurfs des Strafverfahrens nach Paragraphen ziemlich fortgeschritten. Nach § 58 sollten im Falle des Verdachtes der schwersten politischen Delikte, der Majestätsbeleidigung und des Hochverrats, die Mitglieder des Gerichtshofes, der den Prozess einleitet, von den Assessoren des Höchsten Gerichtes des königlichen Hofes delegiert werden.<sup>37</sup>

Da aber die Entscheidung dieses Problems eng damit zusammenhängt, welchem Forum in den Fällen obengenannter Delikte die Jurisdiktion zukommt, sollte auch diese letztere Frage hier behandelt und Stellung genommen werden. Laut des Entwurfes des Unterausschusses urteilt über die politischen Delikte in erster Instanz die Königliche Tafel. Ferenc Deák und seine liberalen Kollegen wollten keinesfalls zulassen, dass diese Sachen in die Kompetenz eines Gerichtsforums kommen, dessen Mitglieder vom König, d.h. von der Regierung ernannt werden.

Im Laufe der Diskussion, die sich an der Sitzung des Landesausschusses entfaltete, argumentierte Deák damit, dass die Majestätsbeleidigung und der Hochverrat nicht nur solche Fälle umfasst, die „seitens der öffentlichen Meinung als schandhaft betrachtet werden, sondern es gibt auch solche, die im Interesse des Landes verübt wurden, deshalb die Täter nicht verachtet werden, sondern sich eine Anteilnahme zeigt und die öffentliche Meinung die Schuldigen für Helden der Gemeinschaftssache hält. Das kann natürlich auch anderswo vorkommen, nicht nur in Ungarn



— betonte Deák. Es steht auch im Interesse der Regierung solche Lagen zu vermeiden, als ob sie das Strafverfahren nur deshalb anwenden würde, um dadurch vielleicht einige gegen das Gesetz verstossende Verfü- gungen zu verbergen. Damit die Exekutivgewalt nicht als Rächer er- scheine, hält es Deák nicht für richtig, die Beurteilung dieser grossen Delikte „einem Gericht anzuvertrauen, das vom Fürsten ernannt und be- zahlt wird“, und dessen Aufstellung und persönliche Zusammensetzung einseitig von der Regierung abhängig, daher nicht als unabhängiges Ge- richtsforum zu betrachten ist. Da der Landesausschuss die Institution des Schwurgerichts abgelehnt hat, schlägt der Redner vor, dass das Ge- setz in bezug auf die erwähnten beiden politischen Delikte das Verfahren *einem vom Parlament zu wählenden*, aus zahlreichen Mitgliedern bestehen- den *Gericht* anvertraue. Aus einem Teil der Mitglieder könnte das Gericht gebildet werden, das das Verfahren einleitet (ähnlich dem Anklagejury), der andere Teil könnte das Urteilsgericht sein (ähnlich dem urteilenden Jury), das in der Tatsachenfrage entscheiden würde. Ein Ablehnungs- recht sollte sowohl dem Kläger, wie auch dem Angeklagten genehmigt werden. Die Mitglieder dieses Gerichtes würden bei jedem Parlaments- zyklus neugewählt werden. Die inzwischen das öffentliche Vertrauen verloren haben, kämen nicht wieder in die Reihe der Richter. Wenn das vom Parlament gewählte Urteilsgericht den Angeklagten als schuldig erkennt, würde die „Anwendung des Gesetzes“, d.h. die Verhängung der Strafe in die Zuständigkeit des vom König ernannten ordentlichen Obersten Gerichtshofes gehören.<sup>38</sup>

Gegen diesen Vorschlag traten der Landesrichter, der Personalis, sowie der Führer der Konservativen in der Untertafel, Eduard Zsedényi, Rat bei der Statthalterei, scharf auf. Der Personalis argumentierte unter anderem damit, dass die Lösung von Deák das Misstrauen, die Spannung noch steigern würde, wenn z.B. der König die Person der vom Parlament gewählten Richter nicht akzeptieren würde.<sup>39</sup> Zsedényi möchte die Rich- tergewalt nicht mit der Gesetzgebungsgewalt vermischen; diese sind vonein- ander getrennte Gewaltsphären. Seiner Ansicht nach könnte ein vom Par- lament als politischer Körperschaft delegiertes Gericht eben die politi- schen Delikte nicht unabhängig von den politischen Anschauungen und Parteien, parteilos beurteilen; in so wichtigen Sachen würden letzten Endes allein die versammelten Stände die Richtergewalt ausüben. Der Richter muss nicht nur nach oben, sondern auch nach unten, „von der Gunst des Volkes“ unabhängig sein.<sup>40</sup> Deák modifizierte noch an dieser Sitzung seinen Vorschlag auf die Weise, dass die Hälfte der Mitglieder des Gerichts vom Parlament gewählt, die andere Hälfte vom König er- nannt würden, „damit umsomehr zweiseitig“ dieses Gerichtsforum sei.<sup>41</sup> István Bezerédj setzte sich für den modifizierten Antrag ein. Seiner An- sicht nach kann dieses Gericht keinesfalls „als eine demagoge Gruppe betrachtet werden, denn es würde aus solchen Mitgliedern des Parlaments bestehen, die teilweise unter allgemeinem Vertrauen gewählt, teils vom König zu dieser hohen Würde ernannt werden.“<sup>42</sup> Mehrere Mitglieder des Ausschusses griffen aber auch den modifizierten Vorschlag von Deák

an (Graf Andrassy, Baron Mednyánszky, Baron Vay, Graf Apponyi, usw.).

Dagegen unterstützte mit neuen Argumenten den Standpunkt von Deák Gábor Klauzál, eine der leitenden Persönlichkeiten der liberalen Partei. Er wies darauf hin, dass im neueren Entwurf des Strafgesetzbuchs unter den Fällen des Hochverrats „die Schuld derjenigen, die einen „gesetzwidrigen Rat geben“ aufgenommen ist. (Es müssen nämlich gemäss dem *votum separatum* bezüglich des Strafgesetzbuches, das von den Anhängern Deák's eingereicht wurde,<sup>43</sup> alle diejenigen mit der Strafe des Hochverrats bestraft werden, die an der Herausgabe oder Durchführung einer ein verfassungsmässiges Recht mit Gewalt umstürzenden königlichen Verordnung mit entscheidendem Rat, mit Unterschrift oder mit tätiger Erfüllung teilnehmen.<sup>44</sup>

Wie könnte die Bestrafung der von den Leuten der Regierung verübten Handlungen Richtern anvertraut werden, die von der Regierung ernannt und bezahlt werden? — stellte Klauzál die Frage. Jede Form des Deliktes des Hochverrats berührt den gesamten Staat, deshalb muss in diesen Sachen ein Gericht urteilen, das die Interessen sowohl der Regierung, wie auch der Nation vertritt.<sup>45</sup>

Baron Béla Wenckheim lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass bezüglich der Beurteilung der politischen Delikte umsomehr Vorsicht geboten ist, weil das Interesse des ungarischen Staates von dem von Österreich abweichen kann.<sup>46</sup> Im Vorschlag von Deák, sieht auch Graf Károlyi mehr Garantien, als ein vom König ernanntes Gericht bieten kann, deshalb nahmen auch Károlyi, ebenso wie Pulszky, Zichy, Pejacsevic und mehrere andere, für Deák Stellung.<sup>47</sup> Die Mehrzahl des Ausschusses verwarf aber Deák's Vorschlag und wollte die Rechtssprechung in Sachen der Majestätsbeleidigung und des Hochverrats in die Zuständigkeit des vom König ernannten Obersten Hofgerichts einweisen, sowohl bezüglich der Ermittlung, wie auch der Einleitung des Verfahrens und des Urteils.<sup>48</sup> Deák erklärte von der Möglichkeit der Sondermeinung Gebrauch zu machen.<sup>49</sup> Die Sondermeinung wurde ebenso wie das schon erwähnte *votum separatum* über die Institution der Schwurgerichte erst nach drei Monaten, am 11. März 1843 eingereicht, als der Landesausschuss die Beratung der strafechtlichen Gesetzentwürfe meritorisch schon beendet hatte.

2. Die Sondermeinung<sup>50</sup> in der Sache des Gerichts der politischen Delikte fasst die diesbezüglichen Ideen, die während der Diskussionen des Landesausschusses verlauteten Argumente der liberalen Opposition in ein System und erweitert sie sogar. Einerseits betrachtet die Sondermeinung den obengenannten ersten Vorschlag von Deák als Grundlage, der noch nichts davon sagt, dass die Mitglieder dieses Gerichtes zur Hälfte vom König zu ernennen wären; andererseits aber umreisst er genau die Art der Errichtung, die Organisation, die Zuständigkeit und Verfahrensregeln des Gerichts.<sup>51</sup>

Gemäss dem Entwurf sollte die „gesamte Gesetzgebung“, d.h. die beiden Tafeln auf gemeinsamer Sitzung in jedem Parlamentszyklus ein



aus 40 Mitgliedern bestehendes besonderes „artikulares Gericht“ wählen, das in jedem vorkommenden Fall der Majestätsbeleidigung, des Hochverrats und der wörtlichen Beleidigung der Person des Königs bis Ende der nächsten Parlamentsitzung die Strafgewalt ausübt, als die Mitglieder des Gerichts wieder neugewählt werden.

Damit aber die Rechtssprechung infolge des eventuellen Todes oder Verhinderung einzelner Mitglieder nicht gehindert werde, soll die Gesetzgebung bei der Wahl des artikularen Gerichts neben jeden Richter gleichzeitig Stellvertreter wählen.<sup>52</sup>

Von den gewählten 40 Richtern nennt das Parlament neun Mitglieder, die in jedem Fall über die Einleitung des Prozesses, d.h. über die Anklage entscheiden. Wenn aufgrung der Initiative des „königlichen Fiskus“ gegen jemanden auf Verdacht obiger Delikte ein Verfahren eingeleitet wird, müssen auf Anordnung des Königs von den übrigen 31 Mitgliedern des Gerichts 3 Personen sofort zwecks Untersuchung des Deliktes delegiert werden. Diese drei Richter führen gemeinsam die *Untersuchung* durch. Nach Beendigung der Untersuchung muss in Pest unverzüglich das vom Parlament genannte *prozesseinleitende Gericht* einberufen werden, das unter Vorsitz des unter sich gewählten Präsidenten, die Sache gemäss den allgemeinen Verfahrensregeln des Gesetzentwurfs bezüglich der Einleitung des Prozesses entscheidet. Gegen sein Urteil kann keine Berufung stattfinden.

Wurde die Einleitung des Prozesses gegen den Angeklagten beschlossen, so versammeln sich die übrigen Mitglieder des artikularen Gerichtes (28 Richter), wählen aus ihrer eigenen Mitte einen Präsidenten und einen Protokollführer, übernehmen vom königlichen Fiskus die „Klageschrift“ (Anklage) und die von der Anklagebehörde gesammelten Beweise, übergeben diese dem Angeklagten, dem sie sie zur Vorbereitung der Verteidigung einen entsprechenden Termin lassen.

Sowohl der Kläger, als auch der Angeklagte kann je 6 Mitglieder des Gerichts ohne jede Begründung ablehnen. Natürlich können auch jene an der Rechtssprechung nicht teilnehmen, gegen die ein gesetzlicher Einwand auftaucht. Der Präsident kann nur aufgrund einer gesetzlichen Ursache abgelehnt werden, an seine Stelle wählt das Gericht einen neuen Präsidenten.

Nach erfolgter Ablehnung, bzw. wenn die Parteien von ihrem Recht keinen Gebrauch machen, entscheidet das Los, welche Richter austreten müssen. Das *über die Tatsachenfrage urteilende Gericht* setzt sich nämlich samt Prääsidenten nur aus 12 Mitgliedern zusammen.

Vor dem Gericht erfolgt die Beweisführung öffentlich mit mündlichem Verfahren. Ein Mitglied des Gerichtes muss vom Verfahren ein treues und genaues Protokoll führen.

Nach Beendigung der Verhandlung entscheidet das Gericht in einer geheimen Sitzung darüber, ob der Angeklagte im Sinne des Gesetzes in dem durch die Anklage ihm zu Lasten gelegten Delikt *schuldig ist*. Gegen den Beschluss des in der Tatsachenfrage urteilenden Gerichts kann keine Berufung eingelegt werden.

Zur Feststellung der Schuld ist die Stimme von 8 Mitgliedern notwendig. Wird die Schuld auf genannte Weise nicht ausgesprochen, so wird der Angeklagte freigesprochen, und wenn er gefangen war, so wird er auf freien Fuss gesetzt. Wenn man dagegen die Mehrheit der Angeklagten für schuldig erkennt, so wird die Sache zwecks *Verhängung der Strafe* zur Königlichen Tafel überleitet, die ebenfalls öffentlich verhandelt; aber sowohl Anklagebehörde als auch der Angeklagte und sein Anwalt tragen die belastenden, bzw. entlastenden und mildernden Umstände auch mündlich vor und können diese auch schriftlich einreichen. Die Königliche Tafel entscheidet durch einfache Stimmenmehrheit allein über das Mass der Strafe. Gegen dieses Urteil können beide Parteien Berufung zum höchsten Gerichtsforum, zur Septemviraltafel einlegen.

In der oben dargestellten Organisation und im Verfahren des vom Parlament gewählten Gerichtes können gewisse Kennzeichen, charakteristische Züge des Schwurgerichts leicht erkannt werden. Wie erwähnt, lehnte die Mehrheit des Landesausschusses das System des Schwurgerichts ab, worauf Deák und seine Genossen die ganze Strafgerichtsbarkeit aufbauen wollten, Deshalb waren also Deák und die Mitglieder des Landesausschusses, die gleiche Ansichten wie er hatten, bestrebt, wenigstens beim Gericht, das über die schwersten politischen Delikte zu urteilen hatte, — *mutatis mutandis* — die in der gegebenen Lage zweifellos garantierten Grundsätze des Schwurgerichts zur Geltung zu bringen.

3. Wie sehr die aufrichtig liberalen Anhänger der bürgerlichen Reform durch dieses besondere Gericht ein Mittel der Rechtssicherheit, man könnte sagen der Selbstverteidigung gegen die seitens des Wiener Hofes und dessen ungarische Bediener in politischen Sachen so oft empfundene richterliche Willkür zu suchen versuchten, darüber sagt vieles jene gründliche und vielseitige *Begründung*,<sup>53</sup> die von den Verfettigern des *votum separatum* teils in der Einleitung der Sondermeinung, teils als deren Abschluss weitgreifend erörtert wird.

Die Begründung geht davon aus, dass die Strafgewalt ein ausserordentlich wichtiger — wenn nicht der wichtigste-Zweig der Staatsgewalt ist. Diese Gewalt ist dann die stärkste Stütze des Staates, der Gesellschaft und sicherste Grundlage der Ruhe der Staatsbürger, wenn *a)* seine Befugnis von der Gesetzgebung gemäss der Gerechtigkeit und Billigkeit im Interesse sowohl der einzelnen Personen, wie auch des Staates festgelegt wird, *b)* wenn die Nation in den Bestimmungen des Strafgesetzbuches, in der Art und Weise der Errichtung der Gerichte, sowie in den Regeln des Strafverfahrens dessen Garantie erkennt, dass die Strafgewalt nur den Verletzer des Gesetzes trifft, aber für einen Unschuldigen niemals eine Gefahr bedeutet, und schliesslich *c)* wenn die Strafgerichtsbarkeit von allgemeinem Vertrauen umgeben ist.

Wenn aber die Gesetzgebung unrichtig, fehlerhaft die Strafkompetenz festlegt, so erfüllt Angst die Bevölkerung deshalb, dass die Gerichtsbarkeit in der Hand der Regierung — unter dem Vorwand der Gesetzlichkeit — auch ein Mittel der politischen Unterdrückung und Rache werden kann. Wenn aber die Praxis, die Erfahrung in geringstem Masse diese Angst



berechtigt zeigt, — betont die Begründung — so wird aus der Unterstützung der Staatsbürger Misstrauen und Hass gegen das Strafgericht, und das Gericht muss grossen Schwierigkeiten begegnen, auch dann, wenn es tatsächlich im Interesse der Gemeinschaft arbeitete.

Die Nation wird der Institution hauptsächlich dann Vertrauen entgegenbringen, wenn die Gerichte durch Wahl gebildet werden. In einem Staat wie z.B. Ungarn, wo die Regierung dem Parlament nicht verantwortlich ist, und „die in der Verfassung erklärten Grundsätze der Mehrheit der Nation nicht treu verfolgt“, muss man im allgemeinen auf die Wahl jedes Strafgerichtes bestehen. Aber insbesondere ein Gericht, das über die genannten politischen Delikte urteilt, muss unbedingt durch Wahl zustandekommen.

Der Staat ist einerseits zweifellos verpflichtet, für die Bestrafung der tatsächlich verübten politischen Delikte zu sorgen, andererseits besteht ein wichtiges Interesse, die Bildung einer Ansicht, einer öffentlichen Meinung zu vermeiden, wonach die Strafgewalt den Angeklagten nicht wegen der Verletzung des Gesetzes, sondern wegen der persönlichen Beleidigung einzelner Regierungsmitglieder trifft, und dass die Strafe eher eine Rache und keine Rechtsprechung ist.

Zwar gibt es politische Delikte, von denen „die Gesellschaft mit Verachtung zurückschrickt“, aber — wie es die Begründung hervorhebt — können auch solche Fälle vorkommen, dass jemand aus einem Grund und Motiv gegen die von ihm als gesetzwidrig betrachteten Regierungsmassnahmen oder Verordnungen auftritt, dass er die konstitutionelle Freiheit der Nation und die gefährdeten Rechte seiner Mitbürger schützen will. Einen solchen Angeklagten kann das Volk als Vorkämpfer der Freiheit betrachten und ist geneigt zu glauben, dass der Betreffende eigentlich die Schranken des Gesetzes gar nicht überschritten hat.

Der einzige Schutz gegen solche Meinungen ist, wenn das Gericht, das über die Täter der genannten Delikte urteilt, auf die Weise zustande gekommen ist, dass dieses Gericht keinesfalls als Mittel der Regierung betrachtet werden kann. Der von dem Landesausschuss akzeptierte Entwurf entspricht aber eben diesem Ziel nicht, weil die fraglichen Delikte auch weiterhin in der Zuständigkeit der Königlichen Tafel bleiben sollen. Es ist dagegen allgemein bekannt, dass in den letzten Jahren gegen dieses Gericht „schmerzvolle Klagen und schwerste Angst in einem nicht geringen Teil der Nation entstanden sind“. <sup>54</sup> Auch in der Zukunft kann es vorkommen, dass die Unabhängigkeit dieses Gerichtes „durch den vom Gesetz abweichenden Willen der Regierung wieder gebrochen wird“. <sup>55</sup>

Gemäss der Argumentierung der Sondermeinung können die Rechte sowohl des Königs, wie auch der Nation und auch die Interessen der Staatsbürger gewahrt werden, wenn das Gericht der politischen Delikte vom Parlament gewählt wird. Die Gesetzgebung, in der sich der Willen des Staatsoberhauptes und der Nation vereint, kann von niemandem als eine Körperschaft, die der Nation gegenübersteht oder davon gar getrennt ist, betrachtet werden. Wenn die durch sie aufgestellte Gerichtsinstitution

– wegen Irrtum oder menschlicher Schwäche – das Vertrauen dennoch verlöre, kann auch dadurch keine grosse Gefahr stammen, weil – wie Déak und seine Anhänger darauf schon während der Debatte hingewiesen haben – die Mitglieder des Gerichtes an jedem Parlamentszyklus neu gewählt würden.

Die Begründung argumentiert im weiteren dafür, dass die in der Sondermeinung dargelegte Idee auch mit dem Geist unseres Verfassungssystems in Einklang steht. In den Munizipien werden alle Gerichte durch Wahl gebildet; mit Ausnahme der Fälle der Majestätsbeleidigung und des Hochverrats urteilen über alle Delikte in erster Instanz durch Wahl gebildete Gerichte. Dieses System der gewählten Gerichte bleibt gemäss dem Entwurf der Mehrheit auch weiter bestehen. Es ist nicht einzusehen, warum gerade bei der Bildung der über politische Delikte urteilenden Gerichtsforen der Grundsatz der Wahl ausser acht gelassen werden sollte, denn offensichtlich ist bei der Beurteilung gerade dieser Handlungen jene Garantie notwendig, die eine Wahl hinsichtlich der richterlichen Unabhängigkeit bieten kann.

Wir hielten die Hervorhebung und Systematisierung dieser Gedanken von der umfangreichen und verzweigten Begründung für wesentlich. Wir sind der Ansicht, dass Argumente die politischen Verhältnisse der behandelten Zeit sinnvoll beleuchten und zugleich gut dokumentieren, wie und aufgrund welcher Überlegungen die liberale Opposition versucht hat, als die Mehrheit des Landesausschusses die Institution des Schwurgerichtes abgelehnt hat, innerhalb des Strafverfahrens eine neue Verteidigungslinie gegen eine eventuelle neuere Willkür der den Weisungen Metternich's folgenden, retrograden feudalen Regierung auszubauen. Man versucht ein, von Wien und von der Regierung in Ungarn wenigstens relativ unabhängiges oberstes Gerichtsforum ins Leben zu rufen, das einerseits einen Schutz für die Vorkämpfer des Fortschrittes, der bürgerlichen Reform und der nationalen Unabhängigkeit gegen die politische Verfolgung bedeuten kann, andererseits vielleicht die Leiter und die Ratsherren der ungarischen Regierungsorgane (Kanzlei, Statthaltereie, Kammer,) die „Minister“ von der Herausgabe und Durchführung gesetzwidriger, willkürlicher Verordnungen durch das Bewusstsein zurückschrecken kann, dass sie für solche – Hochverrats – Delikte vor dem vorgeschlagenen „artikularen Gericht“ zur Verantwortung gezogen werden. Zwar weist die Begründung auf diese letztere Möglichkeit nicht hin, aber die oben mitgeteilte Rede und Argumentierung von Klauzál lässt dieses Ziel der liberalen Opposition klar erkennen. Diese Zielsetzungen werden auch dann aufgedeckt, wenn wir das jetzt behandelte votum separatum mit jenen schon erwähnten Sondermeinungen vergleichen, die zum Entwurf des StGB<sup>56</sup> sowie im Zusammenhang mit den Schwurgerichten eingereicht wurden.<sup>57</sup>

Der Entwurf des vom Parlament zu wählenden politischen Sondergerichts wurde aber bald in den Hintergrund gestellt und von der Tagesordnung abgenommen. Die grossen Anstrengungen der fortschrittlichen Kräfte, die im Parlament, in der Presse, an den Komitatssitzungen entfaltet wurden, blieben nicht erfolglos.



Am 28. November 1843 wurde an der Bezirkssitzung<sup>58</sup> der Stände der Strafverfahrensentwurf des Landesausschusses behandelt, der durch Ausserachtlassung des Schwurgerichtes verfertigt wurde. Am fünften Sitzungstag des Entwurfes, den 27. Januar 1844 entschied sich die Mehrheit der Mitglieder der Bezirkssitzung (32 Komitate gegen 15) für das Schwurgerichtssystem und breitete die Geschworenenfähigkeit auch auf die Nichtadeligen aus.<sup>59</sup> An der nächststen Sitzung (den 29. Januar) wurde beschlossen, dass die Bezirkssitzung (die aus den an dem Landesausschuss teilnehmenden Mitgliedern der Untertafel bestand) beauftragt wird, den Grundsatz des Schwurgerichtes im ganzen System des Strafverfahrens zu verwirklichen.<sup>60</sup> Der so umgearbeitete Entwurf wurde von der Kreisitzung — „nach einer längeren Debatte“ — am 17. August „den Grundsätzen des Schwurgerichtes angepasst und bis zum Ende erörtert mit sehr wenig, unbedeutenden Änderungen angenommen“.<sup>61</sup>

Bei der Erkämpfung des Sieges spielte die Wirkung der oben erwähnten Sondermeinung von Deák über das Schwurgericht eine grosse Rolle. Deák selber, da anlässlich seiner Wahl zum Abgeordneten des Komitats Zala blutige Atrozitäten vorgekommen sind, war nicht bereit, an den Sitzungen des Reichstags vom Jahre 1843–44 teilzunehmen.<sup>62</sup>

An der Landessitzung wurde der neue Entwurf (des Schwurgerichtes)<sup>63</sup> von den Ständen an drei aufeinander folgenden Tagen beraten und trotz der neuen scharfen Angriffe der konservativ-reaktionären Kräfte erhielt er am 28. August 1844 die Mehrheit der Stimmen.<sup>64</sup>

Die Konzeption über das „artikulare Gericht“ schien unzeitgemäss geworden zu sein und den Sinn verloren zu haben, da der gebilligte Text des Verfahrenskodex auch die Beurteilung der politischen Verbrechen in die Kompetenz der Geschworenengerichte gewiesen hat.

Die Freude erwies sich aber als vorzeitig. Die Mehrheit der „hochgeborenen Magnaten“ hat nämlich der Annahme der Institution des Schwurgerichtes nicht zugestimmt. In ihrer Antwortbotschaft (18. September) wurden die „wohlgeborenen Stände“ aufgefordert, „die Schwurgerichte ausser acht zu lassen und nach Beibehaltung der ständigen Gerichte das Strafverfahren diesem Umstand anpassen zu wollen“. Sie wussten genau, dass die Sitzungen des Reichstags vom König bald geschlossen werden. Wie wir schon darauf hingewiesen haben, erlitt leider der Kodex des Strafverfahrens, ebenso wie die von der Untertafel angenommenen anderen strafrechtlichen Entwürfe, an der Klippe der in der Mehrheit konservativen und hoftreuen Obertafel einen Schriffsburch<sup>65</sup> und es wurde daraus kein Gesetz.

## V.

Wir denken, dass es noch erwähnenswert ist, dass fünf Jahre nach Einreichen der oben behandelten Sondermeinung über das artikulare Gericht in Ungarn — zwar unter ganz anderen politischen Umständen — die *Gerichtsbarekeit des Parlaments* im Zusammenhang mit der Verantwortung der Minister und nur in dieser Beziehung schliesslich doch gesetzlich geregelt wurde.

Laut Ges.-Art. 3:1948 über die Bildung des unabhängigen verantwortlichen ungarischen Ministeriums werden nämlich – wie bekannt – die Minister wegen ihrer in ihrer amtlichen Qualität verübten gesetzwidrigen Handlungen vom Parlament zur Verantwortung gezogen und zwar auf folgende Weise: Das Unterhaus setzt den Minister mit allgemeiner Stimmenmehrheit unter Anklage und wählt aus eigener Mitte zur Vertretung der Anklage Beauftragte. Das Urteil ist Sache des Oberhauses, das aus eigener Mitte mit geheimer Abstimmung 36 Mitglieder wählt; von diesen können die Beauftragten des Unterhauses, die die Anklage vertreten, 12 Mitglieder, der angeklagte Minister ebenfalls 12 Mitglieder ablehnen. Das so gebildete, aus zwölf Mitgliedern bestehende Gericht urteilt nach öffentlicher Verhandlung über den Minister. Auch an diesem Gesetz ist eine gewisse Erinnerung, eine gewisse Wirkung der oben behandelten in der Sondermeinung vorgeschlagenen Gerichtsbarkeit zu fühlen.

Es wird vielleicht nicht uninteressant sein, wenn wir zum Abschluss noch erwähnen dass nach dem österreichisch – ungarischen Ausgleich, im Jahre 1869 wieder der Gedanke der Bildung eines vor mehr als einem Vierteljahrhundert vorgeschlagenen artikularen Gerichts auftaucht. Inzwischen hat sich aber schon vieles geändert.

An der Verhandlung des Gesetzentwurfs über die Ausübung der richterlichen Gewalt<sup>66</sup> im Unterhaus entstand eine scharfe Diskussion zwischen der Regierungspartei und der Opposition in der Frage, ob die Richter vom König ernannt oder durch Wahl ihr Amt bekleiden sollen. Jetzt setzte sich die von Deák geführte Mehrheitspartei für die Ernennung der Richter ein, die Minderheit wollte die Wahl weiterhin aufrechterhalten. Ferenc Deák als Leiter der Regierungspartei, stellte zwecks Beruhigung der Gegner des Ernennungssystems den Antrag, dass bezüglich der zur Ernennung zum Richter vorzulegenden Personen ein (von der Regierung unabhängiges) „Staatsgericht“ dem Justizminister seine Meinung unterbreite.<sup>67</sup> Als sein Vorschlag behandelt wurde, erklärte Deák, dass seiner Ansicht nach ein „Oberstes Staatsgericht“ aufgestellt werden müsste, dessen Mitglieder zur Hälfte vom König ernannt, zur anderen Hälfte vom Parlament gewählt werden. Sämtliche Mitglieder zusammen wählen den Präsidenten.<sup>68</sup> Schon auf den ersten Blick fällt auf, dass dieser Antrag beinahe vollkommen mit dem an der Beratung des Landesausschusses im Jahre 1843 verlauteten zweiten modifizierten Vorschlag identisch ist, den er aber – wie wir es oben dargelegt haben – bald selber fallen gelassen hat. Schon in der Sondermeinung ist seine Spur nicht mehr zu finden.

Gemäss der Ansicht von Ferenc Deák, die er 1869 dargelegt hat, wäre das Staatsgericht insbesondere für die *politischen Verbrechen und Vergehen* zuständig, aber „auch gewisse andere Gegenstände“ (wie z.B. Begutachtung der zu ernennenden Richter) könnten in den Wirkungskreis dieses Gerichtes gewiesen werden. Die Details bezüglich der Organisation, der Zuständigkeit, des Verfahrens usw. sind vom Justizminister zu bearbeiten und er soll einen Gesetzentwurf baldigst zur Verhandlung im Unterhaus vorlegen.<sup>69</sup>



Im Parlament wurde der Antrag Deák's nicht günstig aufgenommen; allein Graf Nándor Zichy sprach dafür.<sup>70</sup> Dagegen traten gegen den Antrag zahlreiche Abgeordnete auf (Ignac Dietrich, Kálmán Tisza, Pál Nyáry usw.). Einige oppositionelle Reden möchten wir speziell erwähnen. Vince Babes, rumänischer Nationalitätsabgeordneter sagte, dass der Vorschlag Deák's eine ähnliche Lage schaffen würde, wie zur Zeit des Bach-Systems, als die Beurteilung Sondergerichten anvertraut wurde, weil kein Vertrauen gegenüber den ordentlichen Gerichten des Landes war. „Das wäre bei uns nicht richtig“ — stellte Babes fest.<sup>71</sup> Virgil Szilágyi und Baron Lajos Simonyi unterstützen den Antrag Deák's deshalb nicht, weil ihrer Ansicht nach in einem konstitutionellen Land über politische Delikte einzig das Schwurgericht urteilen kann.<sup>72</sup> Bei der Diskussion verteidigte Deák selbst seinen Standpunkt nicht.

Über den Antrag bezüglich des Staatsgerichtes entschied das Abgeordnetenhaus durch namentliche Abstimmung und lehnte ihn mit einer Stimmenmehrheit von 16 Stimmen ab.<sup>73</sup> Die über eine grosse Parlamentsmehrheit verfügende Deák-Partei liess in dieser Frage den eigenen Führer in Stich, ein bedeutender Teil der Abgeordneten der Partei blieb fern von der Sitzung bzw. ging vor der Abstimmung fort. Viele von ihnen hätten auch lieber das schon seit langem unter Verhandlung stehende Schwurgericht baldigst eingeführt. Seine Verwirklichung liess aber noch weitere Jahrzehnte, ganz bis zur Jahrhundertwende auf sich warten.<sup>74</sup>

## FUSSNOTEN

<sup>1</sup> Zur Verfertigung dieses Entwurfes entsandte Ges.-Art. 67:1791 einen Ausschuss.

<sup>2</sup> Der erste ungarische Strafgesetzbuch-Entwurf (von 1795) Bp. 1971.

<sup>3</sup> L. Szalay: Codification. Budapesti Szemle, 1840, II. Band, S. 157–192 macht interessante vorwärtszeigende Bemerkungen von dem Entwurf mit Hinsicht auf die damals zeitgemässen Kodifikationsbedürfnisse. Unter anderem wirft er dessen Notwendigkeit auf, dass das Strafverfahren und das materielle Strafrecht in zwei gesonderten Gesetzbüchern zu regeln wären. Bezüglich der Bewertung von Szalay s. Imre Szabó: Bürgerliche Staats- und Rechtsphilosophie in Ungarn, Bp. 1955, S. 168–170 und 174–188.

<sup>4</sup> Bezüglich der Prozesse s. M. Horváth: 25 Jahre aus der Geschichte Ungarns, Genf, 1864, I. Band, IV. Buch, Kp. 1, 2 und 3: F. Kölcsey: Tagebuch vom Reichstag und Verteidigung von Wesselényi, herausgegeben von M. Ráth, Bp., 1874: Reden von F. Deák, gesammelt von M. Kónyi, Bp. 1882, I. Band, S. 310–311: A. Pompéry: Geschichte des Hochverratsprozesses von L. Kossuth von 1837–39, Bp., 1913: T. Király: Die Verteidigung und der Verteidiger in Strafsachen, Bp., 1962, S. 104–108.

<sup>5</sup> Tagebuch des ungarischen Reichstags, einberufen von Sr. Majestät Ferdinand I. usw. ... für den 14. Tag des Monats Mai 1843 bei der Ständetafel, V. Band, Pest, 1844. (im weiteren: Tagebuch der Ständetafel): Tagebuch des ungarischen Reichstags, einberufen von Sr. Majestät Ferdinand I. usw. ... bei der Magnatentafel, VI. B., Pest, 1844. (im weiteren: Tagebuch der Magnatentafel). Schriften des Reichstags 1843–44. L. Fayer: Materialsammlung der strafrechtlichen Gesetzentwürfe von 1843, Budapest, 1896–1902. Bd. I–IV. (Im weiteren Materialsammlung) — F. Kovács: Protokoll der Bezirks-sitzungen der Untertafel der ungarischen Reichstage von 1843–44, Budapest, 1894. Bd. I–VI. (Im weiteren Protokoll der Bezirkssitzungen).

<sup>6</sup> B. Sarló: Strafrecht der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848/49, Budapest, 1959. — Ö. Both: Kampf um die Einführung des Schwurgerichtes in Ungarn im Reformzeitalter und die Schwurgerichtsverordnung vom 29. April 1848, Szeged, Acta Jur. et Pol. Szeged. — T. Király: Die Verteidigung und der Verteidiger in Strafsachen, Buda-

pest, 1962, S. 96–118. — A. Csizmadia: Das Schwurgericht in Ungarn im Zeitalter des Dualismus, Rechtsgeschichtliche Studien, I., Budapest, 1966. — A. Csizmadia: Die Bestrebungen auf die strafrechtliche Verteidigung der Menschen — und Bürgerrechte in Ungarn im Reformzeitalter. (Referat für die Konferenz in Kraków 1973.)

<sup>7</sup> Protokoll der Sitzungen des durch Ges.-Art. V: 1840. — zwecks ausführlicher Begutachtung der Einführung des mit dem Strafgesetzbuch in unzertrennlicher Verbindung stehenden Straf — und Korrektionsystems delegierten Landesausschusses. (im weiteren Prot. O. V.) S. Materialsammlung, Bd. II, p. 328–502. Zahlreiche Angaben unterstützen die Meinung, dass dieses Protokoll ebenfalls von László Szalay zusammengestellt wurde, statt des Protonotars des Personalis, János Zarka, der offiziell mit der Protokollführung des Ausschusses beauftragt war.

<sup>8</sup> Protokolle des Landesausschusses (im weiteren: Prot. von Szalay): S: Materialsammlung, Bd. IV, p. 185–417.

<sup>9</sup> Diese tagebuchartigen Aufzeichnungen wurden sicherlich auch von Szalay verfertigt, S. diesbezüglich: Materialsammlung, Bd. IV, p. CII–CIV.

<sup>10</sup> Prot. v. Szalay, p. 190. Über die gesamte Arbeit des Ausschusses gibt sein Bericht an die Stände vom 19. März. 1843 in Pest: S. Materialsammlung Bd. I, p. 3–13.

<sup>11</sup> Prot. O.V., p. 334.

<sup>12</sup> 3–14. Sitzung zwischen dem 10. Dez. und 3. Jan. 1842, Prot. O.V., p. 335–395.

<sup>13</sup> S. besondere Aufzeichnung von László Szalay, über die grundsätzlichen Fragen, Materialsammlung II, p. 551–552.

<sup>14</sup> Prot. v. Szalay, p. 216.

<sup>15</sup> 112. Bezirkssitzung vom 29. Nov. 1843 und 147. Bez. Sitzung vom 27. Jan. 1844. Prot. der Bez. Sitzungen, Bd. III, p. 198–207, bzw. Bd. IV, p. 37–48.

<sup>16</sup> Prot. d. Stände, von 1843. Bd. V, p. 51–62 und 70–80.

<sup>17</sup> Prot. v. Szalay, p. 216; Prot. O.V. p. 352.

<sup>18</sup> Prot. O.V. p. 358.

<sup>19</sup> Prot. v. Szalay, p. 228 und Prot. O.V. p. 352, Rede von István Bezerédj.

<sup>20</sup> Prot. v. Szalay p. 218 und Prot. O.V., p. 353, Beitrag von Ferenc Pulszky.

<sup>21</sup> Prot. v. Szalay, p. 222, Rede von Gábor Klauzál.

<sup>22</sup> Ebenda, p. 223, Beitrag von József Eötvös.

<sup>23</sup> Prot. O.V. p. 359 und 370–372.

<sup>24</sup> So z.B. verlauteten noch in der Parlamentsdebatte des Strafgesetzbuches, Ges. Art. V: 1878 Argumente gegen den Vorschlag, dass es „fremd“, nicht ungarisch ist, weil es nicht auf unser Jahrhunderte altes, d.h. feudales Strafrecht aufgebaut ist. S. K. Kovács: Öffentlich-rechtliche Kämpfe in der Parlamentsdebatte des Csemegi-Kodex (1877–78) Rechtsgeschichtliche Studien II, Budapest, 1968, p. 102–103.

<sup>25</sup> Prot. v. Szalay p. 230.

<sup>26</sup> Ebenda p. 231–232.

<sup>27</sup> Prot. O.V. p. 359.

<sup>28</sup> Prot. v. Szalay, p. 218–219, Reden von István Szerencsy Personalis, Baron Alajos Mednyánszky und Graf Aurél Dessewffy.

<sup>29</sup> Prot. O.V. p. 372.

<sup>30</sup> Prot. v. Szalay, p. 217, Rede von József Andrássy.

<sup>31</sup> Prot. O.V. p. 372.

<sup>32</sup> Prot. v. Szalay, p. 221.

<sup>33</sup> Ebenda, p. 227, Rede des Personalis.

<sup>34</sup> Ebenda, p. 226.

<sup>35</sup> Ebenda, p. 226.

<sup>36</sup> Ebenda, p. 234. — Die Sondermeinung wurde mit dem Datum vom 15. März 1843 eingereicht: Sondermeinung bzgl. der Schwurgerichte, Materialsammlung, Bd. I, p. 229–273.

<sup>37</sup> Prot. O.V. p. 453.

<sup>38</sup> Prot. v. Szalay p. 328–329 und Prot. O.V. p. 453.

<sup>39</sup> Prot. v. Szalay p. 330.

<sup>40</sup> Ebenda, p. 330.



<sup>41</sup> Ebenda, p. 330.

<sup>42</sup> Ebenda, p. 331.

<sup>43</sup> Materialsammlung, Bd. I, p. 139.

<sup>44</sup> Hier erscheint eigentlich die Forderung der verantwortlichen Regierung, der „ministeriellen“ Verantwortlichkeit, deren Wichtigkeit die liberale Opposition schon zu dieser Zeit immer mehr erkennt. S. K. Kovács: Bildung einer bürgerlichen Regierung in Ungarn (1847–48), Rechtsgeschichtliche Studien, III. Budapest, 1973. (Unter Druck) – Es ist zu erwähnen, dass die Form des Hochverrats vom Landesausschuss verworfen wurde, die Stände haben sie aber sowohl in der Bezirkssitzung (Prot. d. Bez. Sitzungen, Bd. II, p. 270 f.), wie auch in der Landessitzung Tagebuch der Ständetafel von 1843, Bd. I, p. 338 f., Bd. II, p. 1–53) angenommen.

<sup>45</sup> Prot. v. Szalay, p. 331–332, Rede von Gábor Klauzál.

<sup>46</sup> Ebenda, p. 332, Rede von Wenckheim.

<sup>47</sup> Ebenda, p. 332, Beitrag von Károlyi.

<sup>48</sup> Prot. O.V. p. 456.

<sup>49</sup> Prot. v. Szalay, p. 333.

<sup>50</sup> Sondermeinung bzgl. des Gerichtes über Majestätsbeleidigung, des Hochverrats und der mündlichen Verletzung der Person des Königs (15. März 1843), Materialsammlung Bd. I, p. 340–356.

<sup>51</sup> Ebenda, p. 347–349.

<sup>52</sup> Ebenda, p. 350.

<sup>53</sup> Ebenda, p. 340–347 und 350–356.

<sup>54</sup> Ebenda, p. 346.

<sup>55</sup> Ebenda, p. 347.

<sup>56</sup> Sondermeinung bzgl. einiger Punkte der Gesetzentwürfe über die Delikte und Strafen, 11. März 1843, Materialsammlung, Bd. I, p. 130–142.

<sup>57</sup> Sondermeinung bzgl. der Schwurgerichte, ebenda, p. 229–273.

<sup>58</sup> Die Bezirkssitzung war eine auf Grund des Gewohnheitsrechtstes entstandene Institution. Bevor irgendein Vorschlag, Antrag usw. auf die Tagesordnung der Untertafel des Reichstages aufgenommen worden wäre, setzten sich vorher die Delegierten der Komitee an der Untertafel nach den Bezirken des Landes (es gab zwei Theiss- und zwei Donaubezirke) an den sogenannten Bezirkssitzungen zusammen und unter dem Vorsitz der zwei aus ihrer Mitte gewählten Präsidenten – zu denen auch ein Schriftführer und ein Protokollführer gewählt wurden – sind die Vorschläge oder andere Tagesordnungspunkte des Reichstages erörtert worden. Aus den in den Bezirken geführten Beratungen wurde seit Mitte des 18. Jhs. eine gemeinsame Sitzung der 4 Bezirke, und zwar am Sitz des Reichstages. Nach ihrer Stellungnahme wurde die betreffende Frage von der Landessitzung, d.h. vom Plenum der Untertafel erörtert, die den Standpunkt der Bezirkssitzung im allgemeinen, manchmal mit einer kleinen Modifizierung annahm. Vgl. *Csizmadia – Kovács – Asztalos*: Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte, Bp. 1972, p. 215.

<sup>59</sup> Prot. d. Bez.-Sitzungen, Bd. IV, p. 47–48.

<sup>60</sup> Ebenda, p. 51.

<sup>61</sup> Ebenda, Bd. V, p. 309.

<sup>62</sup> „Tafelrichter Ferenc Deák war während des ganzen Reichstags nicht anwesend“. Sowohl er, als auch der andere Delegierte des Komitats Zala, erster Vizegespan István Kerkápoly wurden am 31. August 1843 gewählt. Tagebuch der Ständetafel, Bd. V, p. VII.

<sup>63</sup> Entwurf des Strafverfahrens II. (Schwurgericht), Materialsammlung, Bd. I, p. 370–444.

<sup>64</sup> Tagebuch der Ständetafel, Bd. V, p. 80.

<sup>65</sup> Tagebuch der Magnetentafel, Bd. VI, p. 178–179, Graf Károly Andrássy beruft sich darauf, dass seine Vorredner László Teleky und Kázmér Batthyány „diese Tafel durch einige bittere, aber sehr überzeugende Argumente mit einem Felsen verglichen hatten, an dem schon sehr viel Gutes Schiffsbruck erlitt“.

<sup>66</sup> Es wurde als G. Art. 4: 1869 in den Corpus Juris Hungarici aufgenommen.

<sup>67</sup> Tagebuch des Abgeordnetenhauses, Bd. II, p. 381, Sitzung vom 6. Juli 1869.

<sup>68</sup> Ebenda, p. 442. Sitzung vom 8. Juli 1869.

<sup>69</sup> Ebenda, p. 442.

<sup>70</sup> Ebenda, p. 446.

<sup>71</sup> Ebenda, p. 445–447.

<sup>72</sup> Ebenda, p. 447–448.

<sup>73</sup> Von 401 Abgeordneten stimmten mit ja 110, mit nein 126, nicht anwesend waren 164, der Präsident stimmte nicht. Ebenda, p. 450.

<sup>74</sup> S.: Ges. Art. 33:1896 über das Strafverfahren: Ges. Art. 33:1897 über die Organisation der Schwurgerichte. S.: A. Csizmadia: Das Schwurgericht in Ungarn im Zeitalter des Dualismus, Rechtsgeschichtliche Studien I. Budapest, 1966, p. 131–146. – Eine Ausnahme bildet die Institution des Schwurgerichts für Pressdelikte, dessen Organisation Ferenc Deák als Justizminister aufgrund des Ges. Art. 18:1848 (Pressegesetz) Kap. II, § 17 am 29. April 1848 verordnete: s. B. Sarló: Strafrecht der Revolution und des Freiheitskampfes 1848–49, Budapest, 1959, p. 18–67, ferner Ö. Both: op. cit. p. 18–28. Das Schwurgericht für Pressdelikte wurde nach 1867 wieder errichtet. S. G. Máthé: Die Regelung des Verfahrens des Schwurgerichtes für Pressdelikte nach dem Ausgleich in Ungarn, Levéltári Szemle, 1974. Nr. 1.

# THE JURY AND THE PARLIAMENTARY JURISDICTION IN THE DEBATES ON THE PREPARATION OF THE CRIMINAL PROCEDURAL BILL OF 1843–44

## SUMMARY

The most precious progressive traditions of the Hungarian law include the bills of 1843–44 which codified the penal law, the criminal procedure and the system of penal institutions on the basis of very progressive principles in their age.

On the basis of Act 5 of 1840 a National Committee was formed to prepare the bills. The study outlines and evaluates the clashes between the liberal and conservative views conflicting in the question of the trial jury and their major arguments in the field of criminal law, public law and politics at the meetings of the Committee. Further on, the author analyses in detail the – now almost forgotten – dissenting opinion of Ferenc Deák and his companions. In order to judge the crime of high treason and disloyalty they proposed – as the majority of the National Committee did not accept the institution of the jury – the setting up of an articular court of 40 members elected by the Hungarian National Assembly from among its own members instead of the upper courts dependent on the royal court of Vienna. This special court might have provided an effective defence for the progressive oppositional forces against the autocracy of the retrograde government.

In 1844 the Lower House of Parliament adopted the code of criminal procedure based on the trial jury and so the idea of the articular court was struck from the agenda. The Upper House, however, threw out the bill on the trial jury, consequently this up-to-date, progressive procedural bill did never become an act to the prejudice of the Hungarian law.

After the compromise, in 1869 Deák proposed in Parliament the establishment of a "superior state-court". Its members were to have been elected by Parliament or the king would have appointed them. This court would have been an organ giving opinion on persons to be appointed to judges by the king and particularly the organ of judgement on political crimes and minor offences. The Lower House turned down this proposal. Most of the representatives of Deák's party having a great majority in Parliament did not support their leader in this question. Many of them would rather introduce the long drawn-out system of the trial jury. This was realized only several decades later, just at the turn of the century. (Act 33 of 1896 on the code of criminal procedure and Act 33 of 1897 on the organization of trial jury came into force on January 1, 1900.)



LA COUR D'ASSISES ET LA JURIDICTION EXERCÉE PAR  
L'ASSEMBLÉE NATIONALE DANS LES DÉBATS DE L'ÉLABORATION  
DU PROJET DE LOI SUR LA PROCÉDURE PÉNALE DE 1843-44

RÉSUMÉ

Les projets de loi de 1843-44 qui ont inséré à leur époque dans des codes sur la base des principes bien progressistes la loi pénale, la procédure pénale et le système de l'exécution des peines constituent les plus précieuses traditions juridiques progressistes hongroises.

La loi n° 5 de l'année 1840 a chargé un Comité national de l'élaboration des projets de loi. — L'étude esquisse et apprécie le conflit des thèses libérales et conservatives en matière de l'institution du jury, les arguments les plus importants évoqués aux séances du Comité dans les domaines du droit pénal, du droit public et de la politique. Ensuite l'auteur soumet à une analyse minutieuse «l'avis particulier» de Ferenc Deák et de plusieurs de ses camarades presque complètement oublié de nos jours, «l'avis particulier» qui a proposé — comme la majorité du Comité national n'a pas admis l'institution de la Cour d'assises — la mise en place d'une juridiction dite articulaire composée de 40 membres élus par l'Assemblée nationale de ses membres pour juger au lieu des cours suprêmes liées à la cour de Vienne les crimes de lèse-majesté et de haute trahison. Cette juridiction spéciale aurait pu constituer une protection efficace pour les forces progressistes d'opposition à l'égard de l'arbitraire du gouvernement rétrograde.

Comme la Chambre basse de l'Assemblée nationale a adopté le Code de procédure pénale reposant sur l'institution du jury, la pensée de la juridiction dite articulaire a été ôtée de l'ordre du jour. La Chambre haute a cependant rejeté la proposition sur l'institution du jury et ainsi la proposition de procédure moderne et progressiste n'est pas devenue loi — au grand préjudice de l'évolution du droit hongrois.

C'est après le compromis, en 1869 que F. Deák a proposé à l'Assemblée nationale de mettre en place «une cour suprême nationale» dont les membres auraient été élus en partie par le parlement, et nommés en partie par le roi.

Cette juridiction aurait été, d'une part, un organe consultatif chargé de proposer au roi la nomination des juges, mais on a voulu renvoyer avant tout à ses attributions le jugement des crimes et des délits politiques. Cette proposition a été rejetée par la Chambre basse. La plupart des députés du parti Deák disposant d'une grande majorité parlementaire n'ont pas appuyé leur leader dans cette question. Beaucoup d'entre eux ont entendu introduire le plus vite possible le système de l'institution du jury depuis longtemps proposé. Mais la réalisation de celui-ci a mis encore de nouvelles décennies jusqu'au tournant du siècle. (Cf. la loi n° 33 de l'an 1896 sur le Code de l'instruction criminelle et la loi n° 33 de l'an 1897 sur l'organisation des cours d'assises. Toutes les deux lois sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1900.)